

Grenzen, Zäune und Obergrenzen – Österreich in der „Flüchtlingskrise“: Metadiskursive Begriffsaushandlungen in der mediatisierten Politik

Markus Rheindorf und Ruth Wodak

Zusammenfassung

Die sogenannte „Flüchtlingskrise“ ist seit 2015 Bezugspunkt zahlreicher diskursiver Konflikte im Bereich der Politik. In Österreich war die mediatisierte Politik in den Jahren 2015 und 2016 geprägt von metadiskursiven Begriffsaushandlungen im Zusammenhang mit der Errichtung eines Grenzzauns und der Festlegung einer Obergrenze für Geflüchtete. Beide Themenbereiche brachten ernsthafte ideologische und rechtliche Bedenken auf und wurden daher weitgehend euphemisiert bzw. beschönigt. Als Reaktion auf den wachsenden Druck der politischen Rechten waren die Äußerungen zu beiden Themen aber auch als Signale an die Wähler gedacht. Dieser Artikel präsentiert eine diskurshistorische Studie zur Normalisierung restriktiver Politik im theoretischen Rahmen von Grenz- und Körperpolitik, der Darstellung des „Anderen“ und der Mediatisierung politischer Prozesse.

Übersetzung: Maximiliane Schindler und Christine Lohmeier. Originalquelle: Rheindorf, M., & Wodak, R. (2018). Borders, fences, and limits – protecting Austria from refugees: Metadiscursive negotiation of meaning in the current refugee crisis. *Journal of Immigrant & Refugee Studies*, 16(1–2), 15–38.

M. Rheindorf (✉) · R. Wodak
Universität Wien, Wien, Österreich
E-Mail: markus.rheindorf@univie.ac.at

R. Wodak
E-Mail: ruth.wodak@univie.ac.at

Schlüsselwörter

Diskursanalyse · Diskurshistorischer Ansatz · Mediatisierung · Grenzpolitik · Körperpolitik · Nationalismus · Flüchtlingskrise · Rechtspopulismus

1 Einleitung

Beispiel 1

„Es ist ein Unterschied, ob man eine Grenze baut oder ob man eine Tür baut mit Seitenteilen. Es ist kein Zaun rund um Österreich. Das ist eine technische Sicherheitsmaßnahme, die Österreich nicht einkastelt“ (Bundeskanzler Faymann, 28. Oktober 2015¹).

Ein integraler Bestandteil politischer Macht über Diskurse im gesellschafts-politischen Feld ist die Kontrolle über Begriffe, ihre Verwendung und damit letztlich auch über Bedeutungen. Eine große Rolle spielt dabei häufig der privilegierte Zugang zu (der Produktion von) Diskursen mittels der Medien, der Gesetzgebung etc. sowie der strategische Gebrauch von Sprache, beispielsweise in Form von Vagheit, Neologismen (neuen Begriffen) sowie mittels Neuinterpretation und Neuformulierung bzw. Rekontextualisierung bestehender Begriffe (vgl. Wodak 2015a, b), wie sie in Beispiel 1 zu erkennen sind. In diesem manifestieren sich die Bemühungen des damaligen österreichischen Bundeskanzlers Faymann, zwischen einer geschlossenen Grenze und einer unbedrohlichen Tür mit Seitenteilen, die einen geregelten Zugang ermöglichen würde, zu unterscheiden. Letzteres, so behauptete er, sei nur eine Formsache, während Ersteres eine völlige Schließung der Grenze bedeuten würde.

Da diese Debatte in einem konflikträchtigen Feld, nämlich in der Öffentlichkeit, stattfindet, werden Bedeutungen zwischen gesellschaftlichen Akteuren ausgehandelt, die über beträchtliche Macht verfügen. Traditionell findet dies hinter den Kulissen der Politik und außerhalb des Blickwinkels der Öffentlichkeit statt. *Mediatisierte Politik* jedoch macht den Kampf um Bedeutungen und die damit verbundenen Terminologien zu einem öffentlichen Spektakel (vgl. Kellner 2003).

Die Entwicklungen im Rahmen der der sogenannten „Flüchtlingskrise“ haben diesen Trend in ganz Europa spätestens seit 2015 verstärkt. In diesem Beitrag konzentrieren wir uns beispielhaft auf Österreich, wo entscheidende politische

¹<http://orf.at/stories/2306741/2306742>. Zugegriffen: 26. Juni 2018.

Akteure mit Regierungsverantwortung von der Opposition und den Medien dazu gedrängt wurden, Schlüsselbegriffe im sogenannten „Management“ von Migration und Geflüchteten, und damit von „Grenzen“ öffentlich zu verhandeln. Konkurrierende Begriffe für scheinbar identische Sachverhalte und unterschiedliche Interpretationen ein und desselben Begriffs dominierten die innenpolitischen Debatten für einen Großteil des Jahres 2015 und offenbarten eine – zunächst – orientierungslose Suche nach politischen und rechtlichen Maßnahmen zur besseren „Bewältigung“ von Geflüchteten. Die dabei verhandelten Bedeutungen einzelner oder weniger Wörter verweisen zugleich auch auf ideologische Positionen der traditionell linken und rechten politischen Spektren.

Genauer betrachtet schürte der Druck der rechtspopulistischen/rechtsextremen Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ), die in den Meinungsumfragen bei über 25 % lag, erfolgreich ein Klima der Angst. Forderungen, die Zahl der nach Österreich einreisenden Geflüchteten strikt zu begrenzen und einen Zaun zum Schutz der Grenzen zu errichten, wurden von einigen politischen Akteuren geäußert, von anderen abgelehnt und im Laufe der Monate verstärkt bzw. beschönigt. Schließlich wurden beide Forderungen erfüllt: Am 11. November 2015 beschloss die Regierung den Aufbau eines „Grenzmanagement“-Systems, am 20. Januar 2016 eine jährliche Obergrenze von zunächst 37.500 Asylanträgen.

Der vorliegende Beitrag zeichnet den Verlauf des medialen Kampfes um Bedeutungen nach, der oft im Widerspruch zu den in Österreich geltenden gesetzlichen Regelungen bzw. von Österreich ratifizierten internationalen Konventionen geriet oder diese rekontextualisierte und damit umdefinierte.

Im Rahmen des Diskurshistorischen Ansatzes oder DHA (Reisigl und Wodak 2016) analysieren wir einen spezifischen Diskursstrang als eigenständigen Teildiskurs über Migration und Flucht. Wir nutzen dafür ein Korpus von Texten, zusammengestellt aus der themenbezogenen Medienberichterstattung; dieses Korpus lässt sich charakterisieren durch ein gemeinsames Thema, einen deutlichen Anfang und ein ebensolches Ende, eine abgrenzbare Gruppe sozialer Akteure und starke intertextuelle Verknüpfungen der enthaltenen Texte zueinander (siehe auch Jäger 2001; Wodak 2002a, b, 2017). Die Struktur unseres Beitrags verweist auf das diskurshistorische Verständnis von „Kontext“ und berücksichtigt daher 1) den unmittelbaren sprachlichen bzw. textinternen Ko-Text (Äußerungen von Politikern); 2) das intertextuelle und interdiskursive Verhältnis zwischen Äußerungen, Texten und Diskursen (Neuformulierungen, Rekontextualisierungen und Mediatisierungen dieser Äußerungen); 3) die sprachexternen sozialen bzw. soziologischen Variablen und institutionellen Rahmenbedingungen eines spezifischen situativen Kontexts (die detaillierte Chronologie der Ereignisse); und 4) den breiteren soziopolitischen und historischen Kontext,

in den die diskursiven Praktiken eingebettet sind und mit dem sie in Beziehung stehen (die europäische und globale „Flüchtlingskrise“ im Jahr 2015; vgl. Wodak 2015b; Abb. 1).

Der analytische Fokus liegt auf zwei terminologischen Konflikten zwischen den beiden Regierungsparteien: der Sozialdemokratischen Partei Österreichs (SPÖ), geführt vom damaligen Bundeskanzler Faymann, und der christlich-sozialen Österreichischen Volkspartei (ÖVP) unter dem damaligen Vizekanzler Mitterlehner. In beiden Debatten geht es um Schutzmaßnahmen, also grob gesprochen darum, wie man „Österreich am besten vor dem Zustrom von Geflüchteten schützen kann“. Die erste Debatte dreht sich um den *adäquaten Begriff* für die Errichtung eines Zauns oder anderer Bauten zum Schutz der Grenze und bewegt sich zwischen Begriffen wie „Grenzzaun“ und „ein Türl mit Seitenteilen“. Die zweite Debatte dreht sich um die *Festlegung der Zahl der Geflüchteten*, die die Grenze überqueren und Asyl beantragen dürfen, entweder als „Obergrenze“ oder als „Richtwert“. Diese polarisierten Debatten werden vor

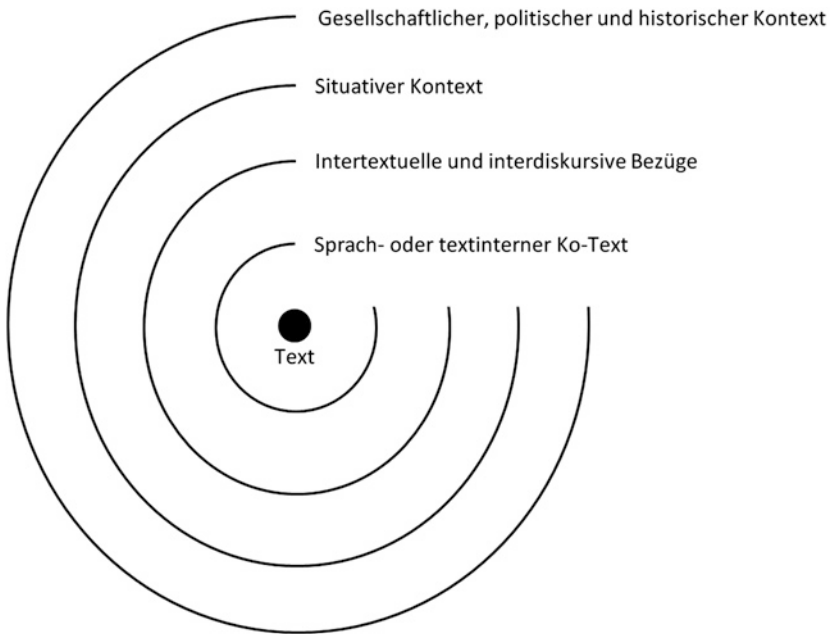


Abb. 1 Kontextmodell nach Reisigl und Wodak (2016)

allein in und durch die Medien geführt und entlarven ideologische Spaltungen nicht nur zwischen, sondern innerhalb der beiden beteiligten Parteien.

Die folgenden Forschungsfragen leiteten unsere Analyse an:

1. Wie verdichten und signalisieren Kämpfe um die Bedeutung von Schlüsselbegriffen gegensätzliche Ideologien im Feld der Grenzpolitik?
2. Wie werden solche Kämpfe verhandelt, legitimiert und letztlich in der mediatisierten Politik entschieden?
3. Wie beeinflussen sich derartige innenpolitischen Kämpfe und die transnationale europäische Politik, die über die Ebene des Nationalstaates hinausgeht, wechselseitig?

Unsere Analyse fokussiert also auf Kämpfe um Bedeutungen und Schlüsselbegriffe, die sich auf (räumliche und numerische) Grenzen beziehen. Derartige begriffliche Grenzziehungen, welche im mediatisierten politischen Diskurs metadiskursiv verhandelt werden, tragen zu einer Verdichtung politischer Ideologien über Nationalismus, Grenz- und Körperpolitik bei (vgl. Musolff 2010; Wodak 2015a, 2017; Vollmer 2016a, b). Grenzen – insbesondere ihre Instandhaltung und Überwachung – sind eng mit nationalen Identitäten und dem „nationalen Körper“ verbunden. Entwicklungen, die als „äußere Einflüsse“ auf die Nation und den nationalen Körper konstruiert und wahrgenommen werden, werden oft mit einem (drohenden) „Identitätsverlust“ verknüpft; häufig führen sie zu Appellen, „unser Land zu schützen“ oder „die Kontrolle über unsere Grenzen wiederzuerlangen“ (Vaughan-Williams 2009).

Im Folgenden fassen wir zunächst den historischen Kontext zusammen, in dem die beiden Debatten als eng miteinander verwobene Diskursstränge über Geflüchtete verstanden werden können, und zeichnen dann eine Chronologie von relevanten Ereignissen als unmittelbaren Kontext der Debatten nach. Es folgen die theoretische Einbettung der Analyse sowie ein Überblick über Methoden und Daten, bevor die qualitativen und quantitativen Analysen dargestellt werden. Abschließend diskutieren wir die Folgen von *Normalisierung* im Hinblick auf rechtliche Aspekte und die *Ökonomisierung* und *Dehumanisierung* von Geflüchteten.

2 Historischer Kontext: Migration und Asyl in Österreich

Obwohl das nationale Selbstverständnis, kein Einwanderungsland zu sein, als eigentümliche Form der Verweigerung fortbesteht, ist Österreich seit Langem von Migration geprägt. Nach dem Zweiten Weltkrieg hat eine Reihe von

Einwanderungswellen das öffentliche Selbstverständnis und Erinnern an frühere Migrationsbewegungen bestimmt (vgl. Mourão Permoser und Rosenberger 2012). In den 1960er Jahren wurden die sogenannten „Gastarbeiter“ eingeladen, als Arbeitskräfte für die schnell wachsende Wirtschaft Österreichs bereitzustehen (vgl. Krzyżanowski und Wodak 2009). Darüber hinaus hat Österreich im Zuge der Krisen in den ehemals kommunistischen Ländern Ungarn, Tschechoslowakei und Polen (1956, 1968 und 1981) an die 500.000 Geflüchtete aufgenommen, wobei nur ein relativ geringer Teil dieser Geflüchteten blieb (zum Beispiel zehn Prozent der 180.000 Ungarn). Nach 1989 wurde Migration zu einem zunehmend polarisierenden Thema in der österreichischen Politik, wobei sich vor allem die FPÖ für strenge Einwanderungs- und Einbürgerungsgesetze, die Schließung von Grenzen und die Begrenzung von Asylanträgen einsetzte (vgl. Matouschek et al. 1995). In dem opportunistischen Bestreben danach, Wählerinnen und Wähler zu gewinnen oder zu halten, waren es allerdings Koalitionsregierungen aus SPÖ und ÖVP, die im Laufe der 1990er Jahre einen radikalen Wandel in der österreichischen Migrationspolitik vollzogen. Beispiele hierfür sind das Einsetzen des Militärs bei der Kontrolle der österreichischen Ostgrenze zur Verhinderung von „illegalen Grenzübertritten“, die Wiedereinführung von Visa für mehrere osteuropäische Länder sowie Maßnahmen zur Bekämpfung von „Asylmissbrauch“ und zur schnellen Ablehnung von Asylanträgen. Zudem wurden seit Anfang der 1990er Jahre strengere Anforderungen an die Erlangung von Aufenthaltsgenehmigungen und Einbürgerungen eingeführt (vgl. Perchinig 2010; Kraller 2011). Im Gegensatz zum politischen Fokus, welcher nunmehr auf dem Erwerb der deutschen Sprache lag („Integration durch Sprache“), kultivierte die FPÖ das Bild des „faulen Migranten“, des „Sozialschmarotzers“ und des „Scheinflüchtlings“, dessen einzige Ziele in Österreich Sozialhilfe und Arbeitslosengeld wären (vgl. Sedlak 2000).

Von 2000 bis 2006 änderten die von der ÖVP geführten Regierungskoalitionen (zunächst mit der FPÖ, dann mit dem BZÖ, dem Bündnis Zukunft Österreich, einer Splittergruppe der FPÖ) mehrere dieser Regelungen, wobei sie Einbürgerung und Staatsbürgerschaft als „Endpunkt einer gelungenen Integration“ neu definierten und 2002 die sogenannte „Integrationsvereinbarung“ einführten. Dieses Dokument stellt einen Vertrag zwischen dem jeweiligen Einwanderer und dem österreichischen Staat dar, in dem die Pflichten und das erwartete Engagement des Einwandernden zur Integration detailliert beschrieben sind. Diese Verpflichtungen bestanden im Wesentlichen aus sprachlichen Anforderungen (vgl. Mourão Permoser und Rosenberger 2012). Die Kampagnen der FPÖ wurden indessen zunehmend nativistischer und rekontextualisierten Migration als enorme Belastung für den Wohlfahrtsstaat und als Sicherheitsthema, nicht nur

im Hinblick auf Kriminalität (wie schon zuvor), sondern nach dem 11. September 2001 auch im Hinblick auf Terrorismus (vgl. Krzyżanowski und Wodak 2009). Bei der Überarbeitung der Asyl- und Aufenthaltsbestimmungen im Jahr 2005 war es daher das erklärte Ziel, den Missbrauch von Asyl zu verhindern, die Bearbeitung von Asylanträgen zu beschleunigen und die Abschiebung von Personen zu vereinfachen, die die Zusammenarbeit verweigert hatten, wegen einer Straftat verurteilt wurden oder nach den Dubliner Übereinkommen von einem anderen Land hätten aufgenommen werden müssen. Darüber hinaus wurde mit dem neuen Aufenthaltsgesetz die bestehende Integrationsvereinbarung erweitert, wobei der Fokus auf die sprachlichen Anforderungen und die kulturelle Integration verstärkt wurde (vgl. Kraler 2011). Die diskursive Legitimation dieser Maßnahmen stützte sich auf die Sicherheit und den Schutz einheimischer Bürgerinnen und Bürger vor dem „Missbrauch“ österreichischer Institutionen durch Migrantinnen und Migranten.

Die nachfolgenden Koalitionsregierungen aus SPÖ und ÖVP hoben die oben skizzierten restriktiven Regelungen nicht auf, sondern ergriffen noch strikere Maßnahmen. Der Nationale Integrationsplan (vgl. Kraler 2011) rückte Integration in den Mittelpunkt der offiziellen Migrationspolitik. Dies fand seinen institutionellen Ausdruck in der Einrichtung eines Staatssekretariats (2011) und eines Ministeriums für Integration (2014). Die Änderungen der gesetzlichen Bestimmungen im Jahr 2011 verschärfte die sprachlichen Voraussetzungen für eine Aufenthaltserlaubnis und machten diese schon zur Voraussetzung für Einwanderung. Der wirksamen Abschreckung von „Schein-Asylsuchenden“ wurde noch mehr Bedeutung gegeben. Weitere Einschränkungen betrafen die Bewegungsfreiheit aller Asylsuchenden für die ersten fünf bis sieben Tage nach Antragsstellung unter Androhung von Freiheitsstrafen. In den folgenden Jahren wurden Geflüchtete zu einem immer wichtigeren Thema politischer Debatten (etwa mit Blick auf die Zustände im Flüchtlingslager Traiskirchen), wie die offiziellen Protokolle der Parlamentsdebatten belegen.² In ihrer Oppositionsrolle intensivierte die FPÖ ihre Rhetorik nach dem Vorbild des „Österreich zuerst“-Volksbegehrens, indem sie zunächst zunehmend gegen Muslime (vgl. Krzyżanowski 2013; Forchtner et al. 2013) und später gegen Geflüchtete richtete (vgl. Fuchs 2016). ÖVP und SPÖ, die als Koalitionspartner eine konsensorientierte Politik betrieben, hatten ihre widersprüchlichen Ansichten zu Geflüchteten und Asyl bis dato nicht öffentlich verhandelt. Im unmittelbaren

²Basierend auf der lexikalischen Analyse von 757 Debatten im Nationalrat (1998–2016), die ein Korpus von rund 56 Mio. Zeichen umfassen.

Kontext der sogenannten „Flüchtlingskrise“ jedoch trat der Streit um den Aufbau eines Grenzzauns und die Festsetzung einer Höchstgrenze für Asylanträge in die Medienöffentlichkeit.

3 Unmittelbarer Kontext: April 2015 bis Februar 2016

Um eine präzisere Kontextualisierung unserer linguistischen Analysen zu ermöglichen, fassen wir den lokalen Kontext in Form von entscheidenden diskursiven Ereignissen zusammen, beginnend mit den ersten Erwähnungen einer Höchstgrenze und eines Grenzzauns (April bzw. Juni 2015) bis hin zur Umsetzung der beiden Maßnahmen (Januar und Februar 2016). Diese für die Datensammlung und Analyse notwendige Abgrenzung der beiden Stränge fokussiert die metadiskursive Verhandlung relevanter Begriffe in der mediatisierten Politik im Rahmen der sogenannten „Flüchtlingskrise“.

Um den unmittelbaren Kontext zusammenzufassen, identifizieren wir nationale und transnationale Wendepunkte in der Debatte, die mit spezifischen, wichtigen Ereignissen verbunden sind. Dazu gehören die Schließung der ungarischen Grenzen im Sommer 2015, der Tod von 71 Geflüchteten in einem luftdichten Transporter, welcher im August 2015 auf einer österreichischen Autobahn entdeckt wurde, und das Bild des ertrunkenen Alan Kurdi bei Bodrum am 2. September 2015. Jedes dieser Ereignisse beeinflusste den Diskurs auf spezifische Weise. So wurde zum Beispiel der ungarische Grenzzaun zunächst von der österreichischen Regierung abgelehnt, später von der ÖVP aber als Vorbild übernommen. Die Tragödie der ersticken Geflüchteten führte nicht nur zu Sympathie für die Geflüchteten, sondern auch zu einer pauschalen Verurteilung der Schlepper als Mörder und zu verstärkten Forderungen nach strengen Grenzkontrollen, um Geflüchteten das Leben zu retten.

Davon abgesehen gab es regionale Einflüsse, die eng mit Wahlkämpfen in der Steiermark, im Burgenland, in Oberösterreich und in Wien verbunden waren. In diesen Wahlkämpfen führte der auf die FPÖ zurückgeführte Druck (unter anderem durch Meinungsumfragen) dazu, dass sich ÖVP und SPÖ – mit Ausnahme der Wiener Landesgruppe der SPÖ – immer mehr an der Position der FPÖ orientierten. Unterdessen engagierte sich die Zivilgesellschaft sehr aktiv für die Unterstützung der ankommenden Geflüchteten und organisierte mehrere Solidaritätskundgebungen, deren größte mit 150.000 Teilnehmenden am 3. Oktober 2015 auf dem Heldenplatz in Wien stattfand. Der damalige österreichische Außenminister Kurz (ÖVP) geriet zunehmend unter Druck, da keine der auf EU-Ebene

beschlossenen Regelungen umgesetzt wurde. Am 26. Oktober 2015 schlug er schließlich medienwirksam vor, „die Balkanroute zu schließen“.

Auf transnationaler Ebene waren die nächsten großen Wendepunkte die Terroranschläge in Paris am 13. November 2015 und die sexuellen Übergriffe am Silvester-Abend desselben Jahres in Köln. Diese Vorfälle führten zu einer Verlagerung der öffentlichen Debatte von der sogenannten „Willkommenskultur“ hin zur vehement erhobenen Behauptung, „unsere Frauen“ müssten vor „illegalen Migranten“ geschützt werden. In Österreich manifestierte sich die zunehmende Polarisierung am deutlichsten im Wahlkampf zur österreichischen Präsidentschaftswahl 2016, in denen sich die Kandidaten öffentlich zu den Themen Grenz-zaun und Höchstgrenze äußerten. Zusammenfassend ist festzuhalten, dass sich die beiden Diskursstränge also durch regionale und nationale Wahlkämpfe ziehen, durch die österreichische Innen- und EU-Politik, sowie durch Diskurse über nationale und internationale Kriminalität und Terrorismus.

3.1 Grenzpolitik

Seit mehr als einem Jahrzehnt findet weltweit eine Neuverhandlung von Grenzkonzepten statt (vgl. Paasi 2010; Vollmer 2016a). Zunehmend können Prozesse der „securitization“ – also der „Versicherheitlichung“ von Themen, die nicht genuin sicherheitsrelevant sind, wie etwa Arbeitslosigkeit – auf politischer wie auch auf normativer Ebene beobachtet werden. Vollmer (2016a, S. 4) bezeichnet dies als die *Moralisierung* von Grenzpolitik:

Moralization of bordering takes place when considering the balancing act of excluding a selection of people but at the same time standing on a high moral ground for which the EU and its Member States stand for. This exclusionary practice has been morally legitimized over the years by an array of policy frames [...] but also by a narrative of deservingness, that is, by following the principle of „some people do not deserve to be equally or treated in the way we (the ‚host‘ society) use to treat human beings“.

Die Moralisierung von Grenzen erfordert daher eine Reihe von *Legitimationsstrategien* (vgl. exemplarisch Van Leeuwen und Wodak 1999, S. 104). Territoriale Grenzen sind mehr als nur ein Mittel zur Gewährleistung von Sicherheit und Kontrolle, sie symbolisieren gesellschaftlich ausverhandelte Bedeutungen, die den Kern des menschlichen Lebens betreffen (vgl. exemplarisch Lamont und Molnar 2002). Besonders markant ist, dass die Legitimation von Grenzen durch Autorität einzig über eine Bezugnahme auf Autorität erfolgt. Mit anderen

Worten: Die Antwort auf die implizit oder explizit gestellte Frage „Warum ist es so?“ oder „Warum muss es so sein?“ lautet im Wesentlichen „Weil ich es sage“ oder „Weil dieser oder jener es sagt“. Die Autorität wird also von jemandem ausgeübt, der mit institutionalisierter Autorität ausgestattet ist – ein Elternteil, ein Experte, ein berühmter Gelehrter, ein Politiker usw. Die Autorität kann jedoch auch unpersönlich sein – zum Beispiel „die Vorschriften“, „das Gesetz“ oder „die Bibel“. Des Weiteren findet Legitimation durch Rationalisierung statt (vgl. Van Leeuwen und Wodak 1999, S. 105). Legitimation durch Rationalisierung bezeichnet Legitimation über Bezugnahme auf irgendeine Form von „gesundem Menschenverstand“ oder Experten in jenen Wissensbereichen, die jeweils für Legitimationszwecke genutzt werden können – zum Beispiel kann die Ökonomie dazu benutzt werden, Sparmaßnahmen im Interesse der Nation zu legitimieren. Eine solche Ökonomisierung des Diskurses kann sich in Verweisen auf Ressourcen- oder Budgetrestriktionen manifestieren, die faktisch einschränken, was möglich ist, und verleiht bildhaften Slogans wie „Das Boot ist voll“ Substanz (vgl. KhosraviNik 2010; Forchtner et al. 2013). Allgemeiner kann Legitimation auch über Weltreligionen und Ideologien unternommen werden (vgl. Berger und Luckmann 1966). Schließlich lässt sich ebenso eine moralische Legitimation beobachten, die Grenzen und Grenzziehungen in Bezug auf Gesundheit, Führung, öffentliches Interesse usw. rechtfertigt. In der Regel tritt eine Kombination aus moralischer und autoritätsbezogener Legitimation auf, die durch quasi-rationale Argumentation gestützt wird. Der Appell an „Ordnung“ und „Rechtsstaatlichkeit“ als universelle und übergeordnete Werte nutzt oft entmenslichende Rhetorik, die letztlich den Bau einer „Festung“ als paradoxe Verteidigung liberaler Werte legitimiert.

Vollmer (2016a) stellt zu Recht fest, dass immer höhere Sicherheitsmaßnahmen die Angst (vor dem Tod, den „Fremden“, der „Krise“ usw.) nicht mildern werden. Die meisten Zugänge zur Migration wurden – vor allem im sogenannten „Zeitalter des Terrorismus“ – in Zugänge zur Sicherheit verwandelt und gingen einher mit Debatten über die strikte Unterscheidung zwischen Migranten und Geflüchteten und insbesondere die Frage, wer ein echter Asylsuchender und wer ein „Schein-Asylant“ ist (vgl. exemplarisch KhosraviNik 2010).

Diese Entwicklungen haben dazu geführt, dass Grenzpolitik zunehmend mit Körperpolitik verweben wird, wobei Nationalstaaten als Körper konstruiert werden, die vor „Invasion, Penetration, Infektion oder Krankheit“ geschützt werden müssen (Musolff 2004, S. 437–438). Wie Wagner und Weisböck (2015) feststellen, sind die Orte dieser Grenzziehung nicht ausschließlich geografisch abgrenzbare Linien. Vielmehr sind es Handlungsfelder, die erst durch die Kontrolle und Aufsicht von Polizei und Militär in Grenzräume verwandelt werden.

Ausmaß und Wesen dieser Handlungsfelder hängt dabei nur indirekt von geografischen bzw. topografischen Gegebenheiten ab. Wir erweitern diesen Standpunkt insofern, als wir mediatisierte Debatten wie die hier analysierten als diskursive Überformungen von Grensräumen im Sinne von Management (Ökonomisierung) und Kontrolle (Versicherheitlichung) betrachten.

3.2 Mediatisierung und Versicherheitlichung

In Übereinstimmung mit rezenter Forschung verstehen wir mediatisierte Politik als Politik, die sich wesentlich auf die Mechanismen und Wirkungsweisen der Massenmedien stützt und ohne diese unwirksam wäre (vgl. Strömbäck 2008; Preston 2009; Forchtner et al. 2013). In engem Zusammenhang mit den Effekten der Mediatisierung lässt sich nach dem 11. September 2001 und dem schrittweisen Abbau der nationalen Grenzen innerhalb der Europäischen Union eine „Versicherheitlichung von Migration“ in Bezug auf Terrorismus beobachten (vgl. Bigo 2002; Scheibelhofer 2012, S. 325).

Dabei wurde Migration zunehmend als „Risiko für die liberale Welt“ konstruiert und die Auffassung normalisiert, Einwanderung stelle grundsätzlich eine existenzielle Bedrohung dar (Ibrahim 2005, S. 163). Versicherheitlichung tritt auf, wenn ein Thema als existenzielle Bedrohung dargestellt wird, beispielsweise für den Staat, die Regierung, ein Territorium oder die Gesellschaft. Nach Buzan et al. (1998, S. 21) beansprucht traditionell ein Repräsentant des jeweiligen Staates durch die Erklärung einer nationalen Notlage oder Krise das Recht, alle notwendigen Mittel einzusetzen, um diese bedrohliche Entwicklung abzuwenden. Die außergewöhnlichen Umstände der Bedrohung legitimieren dabei den Einsatz außerordentlicher Maßnahmen (vgl. Buzan et al. 1998, S. 21–24). Beispiele wären die Zwangsregistrierung oder Inhaftierung von Geflüchteten, die Militarisierung der Grenzkontrollen, der Einsatz von Militär für polizeiliche Aufgaben, die Errichtung eines Stacheldrahtzauns an der Grenze usw. Darin liegt insofern eine strategische Versicherheitlichung, als Bedrohungen diskursiv konstruiert sind und nicht einfach unabhängig von sozial konstruiertem und verhandeltem Wissen über diese Bedrohungen existieren. Sie werden durch Prozesse (Charakterisierung der Art der „Bedrohung“ in politischen Reden oder Medienberichten) von konkreten Akteuren (etwa Staatsvertreterinnen und -vertretern sowie Medien) ins Leben gerufen (vgl. Peoples und Vaughan-Williams 2010, S. 5–6). Versicherheitlichung und Mediatisierung sind also eng miteinander verknüpft, wenn politische Akteure auf Massenmedien angewiesen sind, um etwas oder jemanden als existenzielle Sicherheitsbedrohung zunächst zu imaginieren und dann

zu charakterisieren. Im Rahmen der vorliegenden Studie trieben die Terroranschläge vom 13. November 2015 in Paris die Europäisierung jener Diskurse über Geflüchtete voran, die diese bereits als „Problem“ identifiziert hatten.

4 Daten und Methoden

Unsere Analyse kombiniert den DHA mit der Analyse sozialer und politischer Konzepte in der Tradition der deutschsprachigen Begriffsgeschichte (vgl. Ifversen 1997; Koselleck 2002; Stråth und Wodak 2009; Krzyżanowski 2010). Diese methodische Kombination erlaubt die Rekontextualisierung verschiedener Aspekte politischer und politikrelevanter Diskurse (Wirtschaft, Demokratie und Gesellschaft, Migration etc.) nachzuvollziehen sowie zu untersuchen, wie sich die semantischen Felder der diskursiven Grenzziehungen während des Untersuchungszeitraumes veränderten. In unserer Analyse beziehen wir uns stark auf die oben skizzierte mehrstufige Definition von Kontext, um den Einfluss sich ändernder gesellschaftspolitischer Bedingungen (also des historischen und unmittelbaren Kontexts) auf die Dynamik diskursiver Praktiken (Medienberichterstattung) in die eingehende Analyse relevanter Texte miteinzubeziehen.

Im Sinne einer klaren Abgrenzung der beiden Teildiskurse greifen wir auf das Konzept des *Diskursstrangs* zurück, um das, was man sonst als „Debatte“ oder „Diskussion“ bezeichnen könnte, für eine korpuslinguistische Perspektive greifbar zu machen. Wir definieren Diskursstränge als thematische Fäden innerhalb von übergeordneten, breiteren Diskursen (vgl. Jäger 2001; Wodak 2002a, b), die – ebenso wie diese Diskurse durch Korpora – durch Teilkorpora untersucht werden können. Zusammengefasst lauten die Kriterien für die Anwendung des Begriffs „Diskursstrang“ folgendermaßen:

- thematische Kontinuität und Begrenztheit,
- starke intertextuelle (und oft explizite) Verbindungen zwischen den enthaltenen Texten,
- relative zeitliche Nähe und Begrenztheit,
- eine begrenzte Gruppe von sozialen Akteuren (fokussiertes soziales Feld),
- ein auslösendes Ereignis bzw. Ereignisse sowie
- hohe Keyness-Werte (des jeweiligen Teilkorpus gegenüber dem Gesamtkorpus).

Diskursstränge in diesem Sinne erlauben eine klare zeitliche Eingrenzung des Untersuchungsmaterials (zum Beispiel einer öffentlichen Debatte oder Berichterstattung über ein Ereignis). Dies wiederum ermöglicht eine fokussierte

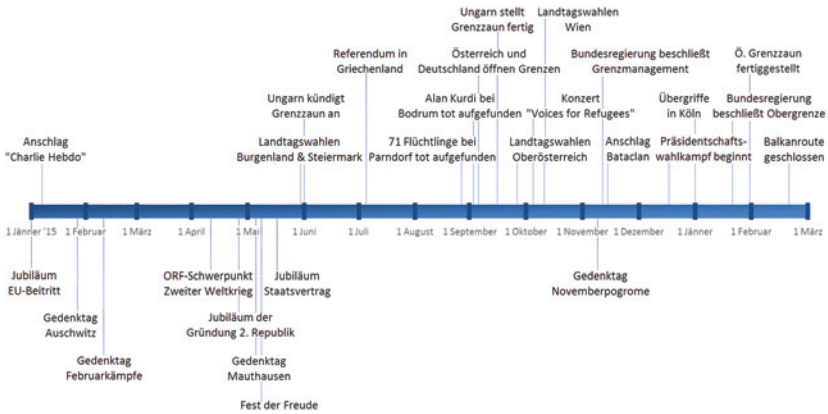


Abb. 2 Zeitachse der Ereignisse im unmittelbaren Kontext. (Quelle: Eigene Darstellung)

Kontextualisierung im Sinne des Vier-Ebenen-Kontextmodells entlang von Zeitachsen – ein nützliches Werkzeug zur Verfolgung diskursiver Verschiebungen in Form von Häufigkeitsspitzen und Normalisierungen (vgl. Abb. 2 und 3).

In unserer Forschung haben wir den Diskurs über Geflüchtete in den österreichischen Medien in den Jahren 2015-2016³ durch ein Korpus von 6701 Texten abgebildet, das Texte aus elf auflagenstarken österreichischen Zeitungen (*Der Standard, Die Presse, Heute, Kleine Zeitung, Kronen Zeitung, Kurier, Oberösterreichische Nachrichten, Österreich, Salzburger Nachrichten, Tiroler Tageszeitung, Wiener Zeitung*) sowie vier Magazinen (*Profil, News, Biber, die österreichische Ausgabe von Die Zeit*) enthält. Innerhalb dieses Korpus werden die beiden Diskursstränge zur Errichtung eines Grenzzauns bzw. der Festlegung einer Obergrenze für Geflüchtete durch zwei Teilkorpora von Texten aus den oben genannten Quellen repräsentiert, die den journalistischen Textsorten Reportage, Kommentar und Interview angehören. Diese Teilkorpora wurden anhand ihrer thematischen Zusammengehörigkeit erstellt, woraus sich 1697 Texte zur Errichtung eines Grenzzauns und 372 Texte zur Festlegung einer Obergrenze

³Dieser Beitrag basiert auf Forschungen im Rahmen des FWF-Projekts „Zur diskursiven Konstruktion österreichischer Identität/en 2015: Eine Longitudinalstudie“ (P 27153). Während in diesem Projekt auch Daten aus Fernsehen, Radio und sozialen Medien berücksichtigt wurden, beziehen wir uns hier auf relativ homogenes Datenmaterial, um eine korpuslinguistische Analyse zu ermöglichen.

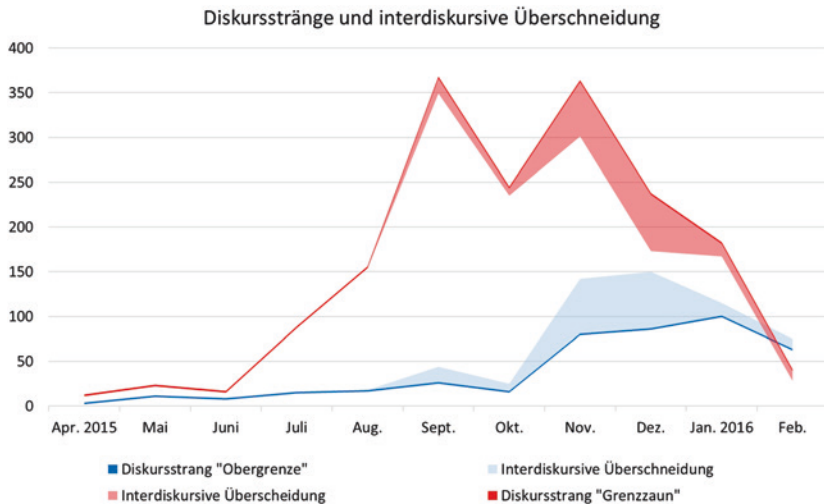


Abb. 3 Zahl der publizierten Zeitungsartikel zu den Themenbereichen „Obergrenze“ und „Grenzzaun“ (pro Monat) einschließlich interdiskursiver Überschneidungen (Die Zahl der Artikel zeigt die Entwicklung beider Diskursstränge. Die schraffierte Fläche ober- bzw. unterhalb visualisiert die Zahl der Artikel, die auch den jeweils anderen Diskursstrang betreffen, und zeigt so das Ausmaß der thematischen Überschneidung. Je größer die Fläche an einem Punkt, desto stärker ist zu diesem Zeitpunkt die Interdiskursivität.). (Quelle: Eigene Darstellung)

ergaben (jeweils zwischen 4. April 2015 und 24. Februar 2016). Die beiden Stränge überschneiden sich (in Texten, wenn Themen kombiniert werden) und weisen interdiskursive Verbindungen mit Diskursen über Terrorismus, Föderalismus, Wirtschaft, Integration, Kriminalität usw. auf.

Mithilfe korpuslinguistischer Methoden verfolgen wir die Zu- und Abnahme der Begriffsverwendung in den beiden Diskurssträngen sowie ihre Interdiskursivität mit Diskursen über Terrorismus, Sicherheit, Wirtschaft, Werte und Menschenrechte. Über diese Frequenzanalyse hinaus untersuchen wir über Konkordanzen, das heißt das sprachliche Umfeld der konkreten Begriffsverwendungen, wer welche Terminologie zu welchem Zeitpunkt und in welchem Kontext verwendet bzw. von wessen Verwendung berichtet wird. Ergänzt werden diese korpuslinguistischen Perspektiven durch qualitative Analysen der Legitimation von Forderungen, Vorschlägen (etwa von Maßnahmen) und entscheidungsrelevanten Argumentationen (vgl. Reisigl 2014; Wodak 2017). Die Kombination von qualitativen und quantitativen Analysen ermöglicht robuste, vielschichtige Einblicke.

5 Analyse

Die beiden Diskursstränge entwickelten sich über einen Zeitraum von mehreren Monaten ab April 2015 und hatten voneinander unabhängige Höhen und Tiefen im Sinne politischer und medialer Aufmerksamkeit. Sie erlebten einen vorläufigen Abschluss, als sowohl die Errichtung eines Grenzzauns als auch die Festlegung einer Höchstgrenze beschlossen und umgesetzt wurden. Was die Aufmerksamkeit der Medien angeht, so unterscheidet sich die Anzahl der monatlich veröffentlichten Texte stark. Abb. 3 zeigt, dass die Frage der Errichtung eines Grenzzauns weitaus virulenter war als die Festlegung einer Höchstgrenze, obwohl Letztere noch schwerwiegendere Bedenken hinsichtlich österreichischer Verfassung und Völkerrecht mit sich brachte. Dies lag wahrscheinlich an dem symbolischen Wert und der materiellen Realität eines physischen Zauns, der die nationale Integrität in Form einer Abgrenzung des nationalen Körpers schützen sollte. Die Neudeutung des Konzepts „Grenze“ in Form einer Höchstzahl ist besonders markant, wenn man die lexikale Überschneidung der beiden Komposita „Grenzzaun“ und „Obergrenze“ betrachtet, welche jeweils eine eigene Art von Grenzziehung vornehmen. Darüber hinaus werden die oben genannten Wendepunkte für den „Grenzzaun“ im September und November und für die „Obergrenze“ im November, Dezember und Januar sichtbar.

5.1 Diskursstrang „Grenzzaun“

Während die meisten Regierungsmitglieder bemüht waren, den Begriff „Grenzzaun“ in der Diskussion über Pläne zur mindestens teilweisen Schließung der Grenze und Verstärkung der Kontrollen zu vermeiden, benutzte die damals noch oppositionelle FPÖ den Begriff, um ihre harte Haltung gegenüber Geflüchteten zu signalisieren. Alle Beteiligten schienen sich jedoch darüber im Klaren zu sein, dass es sich um einen Zaun handelte, auch wenn man ihn nicht beim Namen nennen konnte. Im Oktober 2015 verlor die damalige Innenministerin Mikl-Leitner (ÖVP) bei einem Besuch eines Grenzübergangs, an dem damals die meisten Geflüchteten die Grenze überquerten, ihre Gelassenheit und appellierte an eine moralisierte Grenzziehung. Die deontische Modalität unterstreicht ihren Standpunkt: Die „Festung Europa“ *müsse* gebaut werden.

Beispiel 2

Innenministerin Mikl-Leitner hat bei einem Besuch in Spielfeld die bessere Absicherung der EU-Außengrenzen gefordert. „Wir müssen an einer Festung Europa bauen“, griff die Ministerin beim Lokalausgensein mit Verteidigungsminister Gerald Klug (SPÖ) zu ungewohnt drastischen Worten. Ohne besseren Schutz der EU-Außengrenzen sei die Situation mittelfristig nicht in den Griff zu bekommen, so die Ministerin am 23. Oktober 2015.⁴

Mikl-Leitner legitimiert in diesem Zusammenhang die Errichtung eines Zauns durch Rationalisierung. Die „Festung Europa“ sei demnach der einzig mögliche Weg, die Kontrolle zu behalten. Sie impliziert, dass es für die EU gefährlich wäre, die Kontrolle zu verlieren, und bezieht sich damit auf den *Topos der Gefahr*.

Eine Woche später, nach einer Kabinettsitzung, drängten Journalisten die Ministerin dazu, die Frage zu beantworten, ob es sich bei den durchzuführenden „Grenzschutzmaßnahmen“ nicht tatsächlich um den tabuisierten „Grenzzaun“ handele. Eine explizite Moralisierung von Grenzen findet sich in ihrer Antwort (siehe Beispiel 3). Wenn Grenzen die EU schützen, dann sind sie per Definition gut, indem sie etwas Schlechtes ausschließen:

Beispiel 3

„Natürlich geht es auch um einen Zaun. An einem Zaun ist nichts Schlechtes“ (Innenministerin Mikl-Leitner, 28. Oktober 2015⁵).

Einige Wochen zuvor hatte Mikl-Leitners Parteivorsitzender (und damaliger Vizekanzler Österreichs) zunächst einen ähnlichen Gedankengang artikuliert, um den lange Zeit stark negativ konnotierten Begriff zu normalisieren. Er folgerte, dass die notwendige und einzig logische Vorgehensweise darin bestehe, Europa zur „Festung Europa“ zu machen:

Beispiel 4

„Europa ist dann nicht am Ende, wenn es gelingt, das Asylproblem in solidarischer und geordneter Weise zu lösen. Das heißt: Die Außengrenzen müssen kontrolliert werden, an den Außengrenzen müssen Hotspots als Erstaufnahmezentren eingerichtet werden und jeder Asylbewerber, der illegal weiterreist,

⁴<http://derstandard.at/2000024358096>. Zugegriffen: 26. Juni 2018.

⁵ZIB2 ORF News, 28. Oktober 2015.

wird dorthin rücktransferiert. Und dann muss es ein geordnetes Prüfverfahren geben, das dem Rechtssystem der EU entspricht. Das bedeutet: Europa wird im Prinzip zur ‚Festung Europa‘ (Vizekanzler Mitterlehner, 19. September 2015⁶).

Durch die konditionale Formulierung verankert Mitterlehner seine Argumentation und legt gleichermaßen die Bedrohung wie auch die einzig mögliche Lösung dar, von der das Überleben der EU abhängt. Diese Legitimationsstrategie wird durch die Topoi der Gefahr (die EU könnte bald „am Ende“ sein), der Verantwortung (Regierungen sollten systematisch und geordnet handeln) und der Kontrolle (Ordnung ist gleichbedeutend mit Kontrolle) umgesetzt: Nur durch eine sorgfältige Kontrolle der Grenzen und damit durch die Einschränkung der Bewegungsfreiheit von Einwanderern und Asylsuchenden könne die EU überleben. Die Transformation der EU in eine „Festung Europa“ sei jedenfalls legitimiert durch eine existenzielle Bedrohung.

Bevor wir uns näher mit der Ausverhandlung der einzelnen Begriffe befassen, die mit diesem Kampf um Grenzziehungen verbunden sind, untersuchen wir die damit einhergehende Neuordnung des Grenzraumes. Die Analyse aller Toponyme, also der orts- und raumbezogenen Begriffe in diesem Diskursstrang zeigt einen starken Fokus auf Europa und die EU, gefolgt von Österreich und Grenzräume. Tab. 1 zeigt den geografischen und regionalen Schwerpunkt des Diskursstrangs, einschließlich aller Toponyme, die semantisch nach Referenten gruppiert sind.

Die lexikalische Analyse weist zudem auf eine auffallende Fülle von Begriffen hin, die sich auf Grenzen beziehen – viele von ihnen können als Neologismen bezeichnet werden. Die Häufigkeit dieser Begriffe nimmt im Laufe der Zeit zu, als sei es notwendig, die Grenzregion begrifflich zu bevölkern und damit die Grenze selbst zu verstärken. Insbesondere Komposita, die das Wort „Grenze“ enthalten, erweisen sich in diesem Zusammenhang als sehr produktiv (166 verschiedene Wortkombinationen konnten wir identifizieren).⁷

Das mit diesen Verbindungen besetzte semantische Feld wird in Abb. 4 visualisiert. Dafür wurden alle Begriffe in sechs Gruppen (von links nach rechts)

⁶<http://www.salzburg.com/nachrichten/dossier/fluechtlinge/sn/artikel/mitterlehner-im-sn-interview-bauen-an-der-festung-europa-166324>. Zugegriffen: 26. Juni 2018.

⁷Die Tab. 2a bis 2e unter der oben angeführten Adresse enthalten statistische Angaben für alle relevanten Begriffe.

Tab. 1 Toponyme im Diskursstrang über die Errichtung eines Grenzzauns (Die vollständige Wortliste nach Häufigkeit und prozentuaalem Vorkommen in den Texten ist einsehbar in Tab. 1 unter <http://nationale-identitaet-2015.univie.ac.at/publikationen/>.)

Toponyme	Häufigkeit	Prozentuales Vorkommen in den Texten
Europa, Europäer, europäisch, europa- weit, innereuropäisch, EU, Brüssel	1408	67,74
Österreich, Österreicher, öster- reichisch	1126	100
Grenze/n, Grenzgebiet, Grenzlinie, Grenzübergang, Grenzkontrollen, Grenzmanagement, Grenzschießung, Grenzschutz, Grenzschutzagentur, Grenzsicherung, Grenzsperre, Grenz- zaun [...]	996	79,84
Länder, Landeschef, Landes- geschäftsführer, Landeshauptleute, Landeshauptmann, Landesrat, Landes- regierung, Landtag, Bundesland, Bundesländer	910	89,60
Deutschland	707	48,39
Wien, Wiener	367	49,46
Staaten, Staatsbürger	273	56,45
Land, landesweit	261	38,71
Ungarn, ungarisch, Budapest	246	29,84
Bund	244	49,46
Gemeinde	221	26,34
Syrien, Syrisch	208	34,41
Türkei, Ankara	198	25,21
Salzburg	189	16,67
Slowenien	177	17,20
Griechenland	156	19,62
Bayern, Bayerischen	141	27,69
Burgenland, Eisenstadt	135	19,62
Traiskirchen	131	10,22
Quartiere	127	13,98

Die durch den gemeinsamen Bezug zu „Grenze“ miteinander verknüpften Begriffe sind jedoch nicht die einzige sprachliche Besonderheit. Zu Beginn des mediatisierten politischen Ringens um die Frage, ob Österreich einen Grenzzaun errichten sollte, verfolgten die beiden Regierungsparteien entgegengesetzte Ziele: die ÖVP, die sich für einen Grenzzaun einsetzte, und die SPÖ, die sich (zumindest auf Bundesebene) strikt dagegen wendete. Die Analyse der Begriffsverwendung zeigt, dass es den politischen Akteuren, die sich gegen den Zaun stellten, nicht gelang, einen starken Gegenbegriff gegenüber dem „Grenzzaun“ zu etablieren, wie etwa „offene Grenzen“ oder „Solidarität“, was explizit eine sozialdemokratische, menschenrechtsbasierte Position ausgedrückt hätte.

Der Grenzzaun ist ein sehr symbolträchtiger Bezugspunkt, insbesondere im Hinblick auf den „Eisernen Vorhang“, der einst Österreich von seinen östlichen Nachbarn trennte. Auch damals kam es zu intensiven Begriffsaushandlungen zwischen den beteiligten politischen Akteuren. Da der Begriff „Grenzzaun“ negativ konnotiert ist, versuchten die Befürworter – zunächst nur die ÖVP, später auch die SPÖ –, Euphemismen zu etablieren, die in moralisierende und rationalisierende Legitimationsstrategien eingebettet sind. Die Euphemisierung wurde jedoch konterkariert durch Vizekanzler und Innenministerin (beide ÖVP), die sich für eine „Festung Europa“ einsetzten (siehe Beispiele 2, 3 und 4 oben).

Abb. 5 fasst alle Euphemismen für „Grenzzaun“ zusammen und zeigt, dass sie – sofern sie nicht auf die physische Realität des Zauns beschränkt sind – letztendlich den Begriff „Zaun“ als Index in Bedrohungsszenarien im Zusammenhang mit Migration ersetzen. Darüber hinaus zeigt sie die Korrelation zu „Terrorismus“ und anderen angstbezogenen Begriffen in der Nachrichtenberichterstattung: „Ängste“, „Sorgen“ sowie Darstellungen von Geflüchteten als unaufhaltsame Bedrohung und Naturkatastrophe („Strom“, „Flut“, „Welle“). Die Verwendung dieser Begriffe nimmt nach Fertigstellung des physischen Zauns im Januar nur noch weiter zu. Wie von Vollmer (2016b) schlüssig argumentiert führt die faktische Grenzschießung nicht zur Reduktion der Ängste an sich. Was unsere Daten betrifft, so scheint sich der zuvor konstruierte Zusammenhang zwischen der Errichtung eines Zauns und der Bedrohung durch Terrorismus nach der Fertigstellung des Zauns aufzulösen: Die entsprechenden Begriffe werden nicht mehr gemeinsam verwendet. Wir stellen auch fest, dass sich das dominante Bedrohungsszenario nach den Vorfällen sexueller Belästigung in der Silvester-Nacht in Köln von einem externen zu einem internen Szenario verschiebt: Der Zaun, so symbolisch er auch sein mag, ist letztlich nicht geeignet, den nationalen Körper zu schützen, sobald dieser mit den Körpern österreichischer Frauen gleichgesetzt wird.

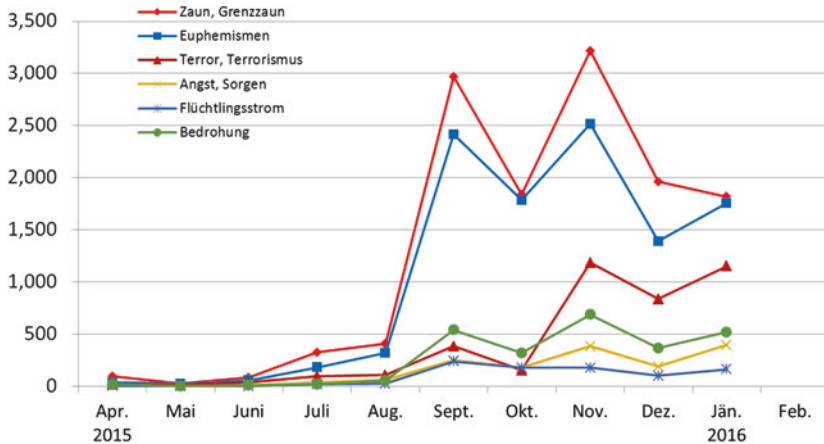


Abb. 5 „Grenzzaun“ und Euphemismen im Verhältnis zu angst- und bedrohungsbezogenen Begriffen (Häufigkeit pro Monat für 2015 und 2016). (Quelle: Eigene Darstellung)

Auch wenn Euphemismen ein im politischen Bereich oft erfolgreich eingesetztes Mittel sind, um Themen zu verdecken, das Gesicht zu wahren oder Strategien *kalkulierter Ambivalenz* umzusetzen, so verhindern bestimmte Bedingungen diesen Erfolg: Gleich zu Beginn der Debatte etwa wurde die Verwendung von Euphemismen verunmöglicht: zum einen durch die explizite Ablehnung des Grenzzauns in Ungarn und zum anderen durch die oppositionelle FPÖ, die einen ebensolchen Zaun auch für Österreich forderte. Zweitens übernahm die ÖVP viel früher die Forderung nach einem Zaun als ihr Regierungspartner, die SPÖ, was zu einer deutlichen Spaltung im Auftreten der Koalition führte und in Form unterschiedlicher Begriffe überaus deutlich wurde. Dabei entwickelte die ÖVP weiterhin Euphemismen, welche die SPÖ zunächst auch als solche benannte und damit dafür sorgte, dass jeder wusste, dass es sich tatsächlich um einen Grenzzaun handelte. Erst als sich auch die SPÖ für einen Zaun entschieden hatte, begann sie, ähnliche Euphemismen zu verwenden, und kehrte damit ihren bisherigen Sprachgebrauch völlig um. Drittens geschah dies alles unter den Bedingungen einer mediatisierten Politik, bei der jeder parteiinterne Widerspruch und jeder Versprecher sofort für die breite Öffentlichkeit abgedruckt oder ausgestrahlt wurden. Der strategische Einsatz von Euphemismen war somit unmöglich.

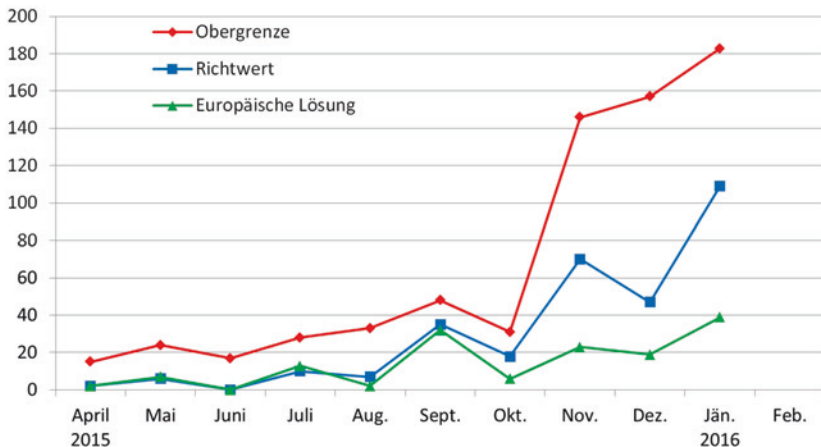


Abb. 6 Zentrale Begriffe mit Blick auf die akzeptierte Zahl von Flüchtlingen (Häufigkeit pro Monat für 2015 und 2016). (Quelle: Eigene Darstellung)

5.2 Diskursstrang „Obergrenze“

Eng mit dem Diskursstrang über die Errichtung eines Grenzzauns verbunden konzentrierte sich der zweite Diskursstrang auf eine Grenze abstrakter Art: die zahlenmäßige Begrenzung akzeptierter Asylbewerberinnen und Asylbewerber. In diesem weniger stark mediatisierten, aber rechtlich umstrittenen Strang, der ein grundlegendes Menschenrecht berührt, wurden Gegenpositionen zahlreicher und deutlicher formuliert (vgl. Abb. 6 für konkurrierende Begriffe).

Insbesondere die Wiener SPÖ und der Wiener Bürgermeister Michael Häupl (SPÖ) wie auch der damalige österreichische Bundespräsident (ehemaliges SPÖ-Mitglied) sind in diesem Gegendiskurs hervorzuheben:

Beispiel 5

„Das Boot ist noch lange nicht voll. Im Bosnienkrieg haben wir 80.000 aufgenommen – die sind dann halt nicht mehr unsichtbar“ (Wiens Bürgermeister Häupl, 4. Oktober 2015⁸).

⁸<https://www.news.at/a/michael-h%C3%A4upl-boot-lange-nicht-voll>. Zugegriffen: 10. Okt. 2018.

Häupl kehrt hier die Metapher vom vollen Boot um und verweist damit auch auf die historisch aufgeladene Verwendung der Metapher, als die Schweiz 1938 jüdische Geflüchtete ablehnte. Sein Widerstand gegen die Obergrenze nutzt eine historische Analogie (Topos der Geschichte), die er dann auf die österreichische Solidarität während des Bosnienkrieges ausdehnt.

Beispiel 6

„Es kann keine Höchstgrenze für Menschlichkeit geben. Denen, die flüchten, muss man helfen. Die Obergrenzen-Debatte ist eine Beruhigungsspiel für die Bevölkerung“ (Wiener SPÖ-Vorsitzender Niedermühlbichler, 4. Januar 2016⁹).

In Beispiel 6 wird die Gegenposition als auf Prinzipien basierend definiert – Menschenrechte sind unveräußerlich – und die Forderung nach einer Höchstgrenze als populistische Maßnahme rekontextualisiert, die das eigentliche Problem nicht lösen kann. In ähnlicher Weise verwies der österreichische Bundespräsident auf den grundsätzlichen Widerspruch und die Ungerechtigkeit einer solchen willkürlichen Begrenzung.

Beispiel 7

„Es gibt einen grundsätzlichen Widerspruch zwischen einem Menschenrecht und der Festsetzung einer Obergrenze: Ich kann nicht ein Menschenrecht auf eine bestimmte Zahl reduzieren und sagen: Alle, die über dieser Zahl liegen, haben Pech gehabt“ (Bundespräsident Fischer, 27. Dezember 2015¹⁰).

Andererseits sehen wir auch eine starke Ökonomisierung des Diskurses durch diejenigen, die für eine Obergrenze plädieren: Der Appell an „natürlich“, „begrenzte Ressourcen“, „das Budget“ oder einfach „die Wirtschaft“ kombiniert die Legitimationsstrategien von Rationalisierung und Autorität. Die Beispiele 8 und 9 setzen diese jeweils mit Topoi der Belastung bzw. des Kosten-Nutzen-Verhältnisses um:

⁹<https://derstandard.at/2000028454797/Niessl-gibt-Haslauer-Rueckendeckung-fuer-Asyl-Obergrenze>. Zugegriffen: 10. Okt. 2018.

¹⁰<https://derstandard.at/2000028128886/Fluechtlinge-Fischer-spricht-sich-gegen-Obergrenze-aus>. Zugegriffen: 10. Okt. 2018.

Beispiel 8

„Daher ist diese Überlegung, Asyl ist ein Grundrecht, ein theoretisches Gedankenspiel, das eine Grenze im Faktischen hat“ (Salzburgs Landeshauptmann Haslauer, 2. Januar 2016¹¹).

Beispiel 9

„Wir gehen immer noch von Asyl als individuelles Recht aus, sind aber in Wirklichkeit mit einer ungesteuerten Völkerwanderung konfrontiert. [...] Damit müssen wir wirtschaften. Alles was darüber hinausgeht, überfordert das Land. Die Konsequenz ist ein Stopp in diesem Bereich“ (Vizekanzler Mitterlehner, 12. Januar 2016¹²).

Die obigen Beispiele veranschaulichen diskursive Strategien der Rationalisierung als Form der Legitimation, die man durchaus als grundsätzliches Paradox bezeichnen könnte: Statt, wie noch zu Beginn 2015 üblich (vgl. Rheindorf 2017), die Verteidigung österreichischer und europäischer Werte zu beanspruchen, rekontextualisieren beide Redner die Obergrenze als notwendige ökonomische Maßnahme. Während die vermeintliche Verteidigung von Werten allzu offensichtlich mit der Untergrabung von Grundwerten wie den Menschenrechten kollidieren würde, erlaubt der ökonomische Rahmen eine Gegenüberstellung zwischen dem „theoretischen Gedankenspiel“ der Menschenrechte und der „faktischen Realität“ der Ökonomie, wobei Letztere scheinbar die Ertere aufhebt. Das Argument, dass Menschenrechte einen Luxus darstellen, den man sich nur unter bestimmten wirtschaftlichen Gesichtspunkten leisten kann, unterminiert derart die Menschenrechte als unverkäuflich. Diese Verschiebung ist als Folge der allmählichen Europäisierung der sogenannten „Flüchtlingskrise“ zu verstehen.

Im Vergleich zum Diskursstrang über den Bau eines Grenzzauns entwickelte sich dieser Diskursstrang relativ spät und erfuhr nie eine ähnlich intensive Medienberichterstattung. In diesem Fall versuchte die SPÖ, eine „europäische Lösung“ als Gegenkonzept zur „Obergrenze“ zu positionieren. Ein weiterer Begriff, der in der Debatte an Bedeutung gewann, war der „Richtwert“, der entweder als Euphemismus für die Obergrenze (weniger strenge Denotation, die Flexibilität anstatt einer klaren Abgrenzung andeutet) oder als Gegenkonzept

¹¹<http://diepresse.com/home/politik/innenpolitik/4897195/>. Zugegriffen: 26. Juni 2018.

¹²http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20160112_OTS0125/. Zugegriffen: 26. Juni 2018.

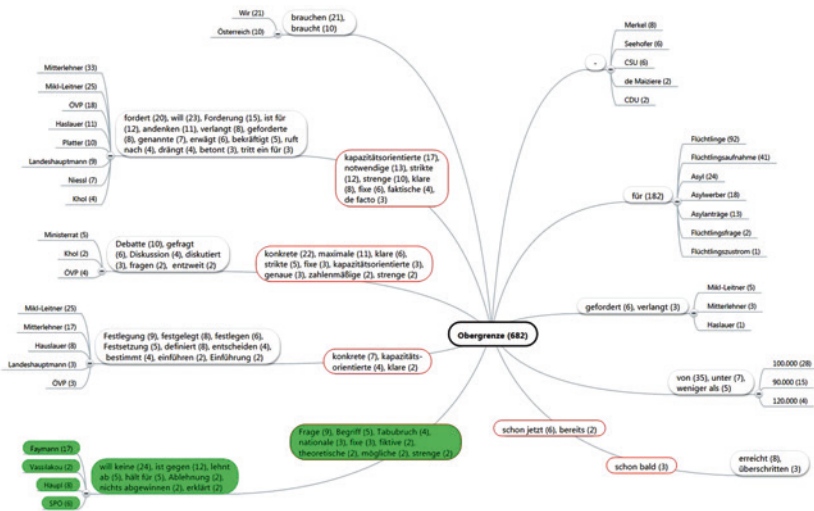


Abb. 7 Konkordanzen für „Obergrenze“. (Quelle: Eigene Darstellung)

angesehen werden kann. Im Gegensatz zum Ziel einer europäischen Lösung geht es aber auch beim „Richtwert“ um die Festlegung einer jährlichen Obergrenze von Asylanträgen bzw. Geflüchteten, die nach Österreich einreisen dürfen, und hängt dieser letztlich von der Fähigkeit und dem Willen ab, die Grenzen zu schließen, sobald diese Zahl erreicht ist. Auf diese Weise kam die SPÖ den ÖVP- und FPÖ-Positionen deutlich entgegen (vgl. Wodak 2015b; Rheindorf 2017).

Um einen Einblick zu gewinnen, wie einzelne politische Akteure als an der Aushandlung der „Obergrenze“ aktiv beteiligt konstruiert werden, verwendeten wir Konkordanzen.¹³ Die in Abb. 7 dargestellten Knotenpunkte geben einen Überblick über die Positionen der wichtigsten politischen Akteure in Bezug auf den Begriff „Obergrenze“: Ausgehend vom Begriff „Obergrenze“ zeigt die Abbildung alle Adjektive, Nominalphrasen, Verben sowie soziale Akteure, die direkt mit dem Begriff assoziiert werden (Häufigkeiten sind in Klammern angegeben). Die linksseitigen Cluster gruppieren die Verbphrasen nach Positionierung des Sprechers (von oben nach unten: Notwendigkeit, Wollen, Debatte,

¹³Tab. 3 im genannten Datenarchiv nennt die Lemmata aller Kollokate für „Obergrenze“ (fünf links und fünf rechts) nach Häufigkeit.

Entscheidung, Ablehnung), während die rechts davon stehenden Adjektive und Akteure so angeordnet sind, wie sie in den jeweiligen Aussagen auftreten. Die rechtsseitigen Cluster sind ebenfalls nach semantischen Kriterien gruppiert (von oben nach unten: nicht österreichische politische Akteure; das Ziel der Begrenzung; österreichische politische Akteure als passive Verb-Satzkomponenten; numerische Festlegungen der Obergrenze; passive Verb-Satzkomponenten ohne Akteure¹⁴).

Die Verzweigungen der Cluster deuten auf die umstrittene Verwendung des Begriffs „Obergrenze“ hin: Zum einen sehen wir eine Vielzahl von Qualitäten, die mit ihm assoziiert werden, zumeist positiv (etwa „konkret“, „klar“ und „exakt“) und in Zusammenhang mit seinen Befürwortern (zum Beispiel „Mitterlehner“, „Mikl-Leitner“). Die identifizierten Attribute sind deutlich auf Rationalisierung und Ökonomisierung ausgerichtet oder unterstützen diese (beispielsweise als „kapazitätsorientiert“, „faktisch“). Die Gegenseite lehnt den Begriff ab, hinterfragt oder kritisiert ihn als amoralisch oder unrealistisch („tabu“, „fiktiv“ oder „theoretisch“). Semantisch stehen diese Qualitäten zwar der rationalisierten Faktizität der Obergrenze entgegen, sie bieten jedoch wenig argumentative Unterstützung für die Gegenposition.

Die beiden alternativen Begriffe weisen eine deutlich geringere Häufigkeit und eine geringe Variation von Kollokationen auf.¹⁵ Bezogen auf „Lösung“ sehen wir eine hohe Anzahl unpersönlicher Konstruktionen, die als „Immunisierungsstrategien“ der Absicherung des Sprechers dienen (zum Beispiel „es ist notwendig“, „es muss“) oder die Position der Redner kollektivieren (z. B. „wir müssen“, „wir brauchen“ bzw. „wir brauchen nicht“). Dies gilt gleichermaßen für Politikerinnen und Politiker, welche eine europäische Lösung befürworteten, und jene, die sie ablehnten. Darüber hinaus finden sich positive Einschätzungen (zum Beispiel „gemeinsam“, „human“, „nachhaltig“), die vor allem dem damaligen Bundeskanzler Faymann zugeschrieben, jedoch durch die Medienberichterstattung selbst negativ charakterisiert wurden – etwa indem diese Faymann als unverantwortlich auf eine europäische Lösung hoffend beschrieben (zum Beispiel „träumen“).

¹⁴Die grammatikalischen Kategorien der Verb-Satzkomponenten werden hier verwendet, um zu differenzieren, auf welche Art und Weise der Begriff „Obergrenze“ verwendet wird: Im ersten Fall beziehen sich politische Akteure auf den Begriff über ein Verb wie etwa „fordern“ (also „die von Haslauer geforderte Obergrenze“). Im zweiten Fall schließt die verwendete Verbphrase keinen solchen Akteur ein, sondern stellt die Grenze als „erreicht“ dar.

¹⁵Die Tab. 4 und 5 im Datenarchiv zeigen Kollokate für „Lösung“ bzw. für „Richtwert“.

Bezogen auf den „Richtwert“ zeigen die Konkordanzen, dass sowohl SPÖ- als auch ÖVP-Angehörige den Begriff verwendeten, allerdings unterschiedlich. Während Erstere ihre Ablehnung der Höchstgrenze betonten (zum Beispiel „anstatt“), verwiesen Letztere auf die ökonomische Ausrichtung analog zur Obergrenze (etwa „kapazitätsorientiert“, „finanziell“). Der Begriff wurde auch häufig als Instrument zur Wahrung der sozialen Stabilität in Österreich verwendet („zum Schutz“, „zur Sicherung der sozialen Gerechtigkeit und des sozialen Friedens“). Es lässt sich also festhalten, dass beide Regierungsparteien um die Bedeutung des Begriffs rangen, ihn in unterschiedlichen Kontexten verwendeten und ihm unterschiedliche Qualitäten zuschrieben.

6 Fazit

In den beiden qualitativ und quantitativ analysierten Diskurssträngen werden wir mit Paradebeispielen euphemistischer und vager Sprachverwendung konfrontiert. Da die SPÖ und die ÖVP seit 2006 eine Regierungskoalition bildeten und beide Parteien seit 2010 immer stärker von der FPÖ unter Druck gesetzt wurden, scheinen sie durch die sogenannte „Flüchtlingskrise“ in eine ausweglose Situation geraten zu sein. Auf der einen Seite verteidigten und propagierten sie weiterhin ihre traditionellen ideologischen Positionen, auf der anderen Seite mussten sie auf folgenschwere und unvorhersehbare humanitäre Krisen reagieren. Drittens versuchten sie jedoch, ihre Wählerschaften zu halten, indem sie sich gegenüber ihrer größten unmittelbar wahrgenommenen Bedrohung aufstellten: der polarisierenden und einen einfachen Sündenbock anbietenden FPÖ, die auf populistische Weise existenzielle Bedrohungsszenarien instrumentalisierte und behauptete, als einzige Partei in der Lage zu sein, für Sicherheit in Österreich sorgen zu können. Gefangen in diesem Spannungsfeld verloren die Regierungsparteien kontinuierlich an Boden und blockierten sich gegenseitig, was den generellen Eindruck einer untätigen Regierung nur weiter verstärkte.

Im Laufe des Jahres 2015 übernahm die ÖVP schließlich wesentliche Positionen von der FPÖ und legitimierte diese Wende durch Rationalisierung und Ökonomisierung dieser Politik. Die SPÖ versuchte zunächst, ihre Prinzipien aufrechtzuerhalten, kompromittierte diese Haltung jedoch zunehmend bis hin zur völligen Umkehrung unter dem Druck von Meinungsumfragen, die die steigende Popularität der FPÖ zeigten, und legitimierte ihren Politikwechsel durch Argumente der Notwendigkeit und Belastung. Diese *Normalisierung* rechts-populistischer Positionen und Rhetorik führte jedoch nicht wie erhofft zu mehr Wählerstimmen, denn Wählerinnen und Wähler tendieren dazu, ihre Stimmen

an kontinuierliche und nicht an wechselhafte Politik zu vergeben. So verloren die beiden (ehemaligen) Großparteien bei den Regional- und Präsidentschaftswahlen 2015 und 2016 – mit Ausnahme von Wien, wo sich SPÖ und Grüne den Angriffen der FPÖ widersetzen.

Die Europäisierung der politischen Debatte, insbesondere in ihrer Mediatisierung, entsprach dem offensichtlichen Einfluss von Ereignissen in Europa auf die lokale und nationale Politik. Die Tatsache, dass es die EU versäumt hatte, eine humanitäre Lösung umzusetzen, diente der rationalen Legitimation für nationalstaatliche Maßnahmen, und ermöglichte es den politischen Akteuren, die österreichische Politik als Träger gesamt-europäischer Verantwortung zu rekontextualisieren: Das Auslösen eines „Dominoeffekts“ nationalstaatlicher Maßnahmen gegen die „Flüchtlingskrise“ wurde derart zum erfolgreichen „Schließen der Balkanroute“.

Wie detailliert dargestellt, verdichten die beiden Diskursstränge gegensätzliche ideologische Positionen, welche mit einer Reihe von moralischen Werten und scheinbar rationalen Argumenten zu zusammenhängenden Legitimationsstrategien verwoben werden. Diese werden indexiert mit Wendungen wie „christliche Werte“, „Menschenrechte“, „sozialer Frieden“, „Schutz von Frauen“ usw. Während mehrerer Schlüsselmomente im Jahr 2015 überschneiden sich die beiden Diskursstränge, was darauf hindeutet, dass die mediatisierten politischen Debatten über „Grenzzaun“ und „Obergrenze“ auf verschiedene Weise miteinander verbunden waren. Nach den Argumenten, die die Debatte über den „Grenzzaun“ dominieren, hätte seine Errichtung die Grenze sichern, die Nation schützen und das Ende einer ganzen Reihe von komplexen Problemen bedeuten sollen.

In dem davon leicht abweichenden Argumentationsrahmen im Strang zur „Obergrenze“ werden die Regulierung und Beschränkung der Anzahl von Geflüchteten, die einreisen dürfen, als durch die Errichtung von Grenzsperrn erreichbar dargestellt. Der praktische Nutzen eines Grenzzauns erwies sich allerdings im Widerspruch zum symbolischen (und damit diskursiven) Wert, der dem Begriff „Grenzzaun“ beigemessen wurde. Der mediale und politische Fokus verschob sich mit seiner Errichtung schlagartig auf die Festlegung einer Obergrenze, was einer *Resemiotisierung* der Grenzpolitik gleichkam: Der nationale Körper sollte nicht mehr (nur) durch das Schließen der geografischen Grenze geschützt werden, sondern durch das Festlegen einer abstrakten Zahlengrenze.

Zusammenfassend verdeutlicht unsere Analyse, dass im fraglichen Zeitraum eine fortlaufende Normalisierung stattfand, für die althergebrachte Vorstellungen von Schutz durch die Errichtung von Zäunen schnell und effektiv reaktiviert werden konnten. Diese Vorstellungen und damit einhergehende Bilder (von Zäunen

und anderen Grenzsperrern) wurden destabilisiert durch neue Bedrohungsszenarien, insbesondere des Terrorismus und des dämonisierten männlichen Migranten als „Fremder“, der nicht willens oder (kulturell, mental, sogar biologisch) unfähig ist, sich in die Aufnahmegesellschaft zu assimilieren (vgl. Rheindorf 2017).

Gegendiskurse, die von NGOs, Experten und der Zivilgesellschaft geführt wurden, waren in der an diesen Begriffen orientierten Mediatisierung kaum vertreten. Durch die Moralisierung, Rationalisierung und Ökonomisierung der beiden Grenzziehungen wurde diese Form der Grenzpolitik zur hegemonialen Position: den „echten“ Geflüchteten werde man selbstverständlich helfen, aber nur im Rahmen der ökonomischen Möglichkeiten, die den faktischen Rahmen vorgeben, innerhalb welchem der Idealismus der Menschenrechte „leistbar“ ist. Die beiden Grenzziehungen waren also „moralisch“, auch in dem Sinne, dass die Politik damit den Anspruch erheben wollte, verantwortungsbewusst zu handeln, indem sie Kosten-Nutzen-Analysen zum Schutz des „sozialen Friedens“ und der „Sicherheit“ durchführt – zugleich stilisiert diese Argumentation die sogenannten „Gutmenschen“ zu naiven Träumern. Weil damit aber ihre Naivität ebenfalls zur Gefahr für die Nation wird, werden die politischen Gegner zum Teil des Bedrohungsszenarios. Eine Politik der negativen Emotionen, voller Übertreibungen und vorurteilsbehafteter Verallgemeinerungen – scheinbar untermauert durch Gerüchte in den sozialen Medien und sensationslüsterne Berichterstattung in traditionellen Medien – überlagert jede differenzierte Positionierung und untergräbt sachliche Deliberation dort, wo sie am wichtigsten wäre.

Während der „Dominoeffekt“ nationaler Grenzsicherungen die internationalen Beziehungen belastete und die Landschaft Südeuropas veränderte, hat sich infolge der oben analysierten Diskursstränge auch die innenpolitische Landschaft Österreichs entscheidend verändert: Die wechselnden Positionen der SPÖ in Bezug auf die Flüchtlingskrise hatten ihre Glaubwürdigkeit stark beeinträchtigt und letztendlich zum Rücktritt von Bundeskanzler Faymann am 9. Mai 2016 geführt. Die beiden Kandidaten der Stichwahl um das Präsidentenamt (FPÖ und Grüne) brachten deutlich gegensätzliche Positionen zur Grenzpolitik und anderen ideologischen Schlüsselfragen zum Ausdruck und teilten die Wählerschaft in zwei fast gleich große Hälften. Aus dieser Wahl ging mit Alexander van der Bellen ein ehemaliger Parteiobmann der Grünen als Sieger hervor, wenige Monate später gewannen allerdings die nach rechts gerückte ÖVP und die nach wie vor rechtsaußen stehende FPÖ die Nationalratswahlen. Beide hatten im Wahlkampf fast ausschließlich auf das Flüchtlingsthema gesetzt, dieses aber als Frage der nationalen Sicherheit, ja des Fortbestehens der österreichischen Nation behandelt.

Literatur

- Berger, P. L., & Luckmann, T. (1966). *The social construction of reality: A treatise on the sociology of knowledge*. Garden City: Anchor Books.
- Bigo, D. (2002). Security and immigration: Toward a critique of the governmentality of unease. *Alternatives: Global, Local, Political*, 27(1), 63–92.
- Buzan, B., de Wilde, J. H., & Waever, O. (1998). *Security: A new framework for analysis*. London: Lynne Rienner.
- Forchtner, B., Krzyżanowski, M., & Wodak, R. (2013). Mediatisation, right-wing populism and political campaigning: The case of the Austrian Freedom Party (FPÖ). In M. Ekström & A. Tolson (Hrsg.), *Media talk and political elections in Europe and America* (S. 205–228). Basingstoke: Palgrave.
- Fuchs, C. (2016). Racism, nationalism and right-wing extremism online: The Austrian presidential election 2016 on Facebook. *Momentum Quarterly. Zeitschrift für Sozialen Fortschritt*, 5(3), 172–196.
- Ibrahim, M. (2005). The securitization of migration: A racial discourse. *International Migration*, 43(5), 163–187.
- Ifversen, J. (1997). *Og magt, demokrati og diskurs. Begrebshistoriske Studier*, 2. Aarhus: University of Aarhus.
- Jäger, S. (2001). Discourse and knowledge: Theoretical and methodological aspects of a critical discourse and dispositive analysis. In R. Wodak & M. Meyer (Hrsg.), *Methods of critical discourse analysis* (S. 32–62). London: Sage.
- Kellner, D. (2003). *Media spectacle*. London: Routledge.
- KhosraviNik, M. (2010). The representation of refugees, asylum seekers and immigrants in British newspapers: A critical discourse analysis. *Journal of Language and Politics*, 9(1), 1–28.
- Koselleck, R. (2002). *The practice of conceptual history: Timing history, spacing concepts*. Palo Alto: Stanford University Press.
- Kraler, A. (2011). The case of Austria. In G. Zincone, R. Penninx, & M. Borkert (Hrsg.), *Migration policymaking in Europe: The dynamics of actors and contexts in past and present* (S. 21–60). Amsterdam: Amsterdam University Press.
- Krzyżanowski, M. (2010). Discourses and concepts: Interfaces and synergies between Begriffsgeschichte and the discourse-historical approach in CDA. In R. de Cillia, H. Gruber, M. Krzyżanowski, & F. Menz (Hrsg.), *Diskurs – Politik – Identität/Discourse – Politics – Identity: Essays for Ruth Wodak* (S. 125–137). Tübingen: Stauffenburg.
- Krzyżanowski, M. (2013). From anti-immigration and nationalist revisionism to Islamophobia: Continuities and shifts in recent discourses and patterns of political communication of the Freedom Party of Austria (FPÖ). In R. Wodak, M. KhosraviNik, & B. Mral (Hrsg.), *Rightwing populism in Europe: Politics and discourse* (S. 135–148). London: Bloomsbury.
- Krzyżanowski, M., & Wodak, R. (2009). *The politics of exclusion: Debating migration in Austria*. New Brunswick: Transaction.
- Lamont, M., & Molnar, V. (2002). The study of boundaries in the social sciences. *Annual Review of Sociology*, 28, 167–195.
- Matouschek, B., Wodak, R., & Januschek, F. (1995). *Notwendige Maßnahmen gegen Fremde? Genese und Form von rassistischen Diskursen der Differenz*. Wien: Passagen.

- Mourão Permoser, J., & Rosenberger, S. (2012). Integration policy in Austria. In J. Frideres & J. Biles (Hrsg.), *International perspectives: Integration and inclusion* (S. 39–58). Montreal: McGill-Queen's University Press.
- Musolff, A. (2004). The heart of the European body politic: British and German perspectives on Europe's central organ. *Journal of Multilingual and Multicultural Development*, 25(5–6), 437–452.
- Musolff, A. (2010). *Metaphor, nation, and the Holocaust*. London: Routledge.
- Paasi, A. (2010). Boundaries as social practice and discourse: The Finnish-Russian border. *Regional Studies*, 33(7), 669–680.
- Peoples, C., & Vaughan-Williams, N. (2010). *Critical security studies: An introduction*. London: Routledge.
- Perchinig, B. (2010). All you need to know to become an Austrian: Naturalisation policy and citizenship testing in Austria. In R. van Oers, E. Ersbøll, & T. Kostakopoulou (Hrsg.), *A re-definition of belonging? Language and integration tests in Europe* (S. 25–50). Leiden: Martinus Nijhoff.
- Preston, P. (2009). *Making the news: Journalism and news cultures in Europe*. London: Routledge.
- Reisigl, M. (2014). Argumentation analysis and the discourse-historical approach: A methodological framework. In C. Hart & P. Cap (Hrsg.), *Contemporary critical discourse studies* (S. 67–96). London: Bloomsbury.
- Reisigl, M., & Wodak, R. (2016). The discourse-historical approach (DHA). In R. Wodak & M. Meyer (Hrsg.), *Methods of critical discourse studies* (S. 87–122). London: Sage.
- Rheindorf, M. (2017). Integration durch Strafe? Die Normalisierung paternalistischer Diskursfiguren zur „Integrationsunwilligkeit“. *Zeitschrift für Diskursforschung*, 5(2), 182–206.
- Scheibelhofer, P. (2012). From health check to Muslim test: The shifting politics of governing migrant masculinity. *Journal of Intercultural Studies*, 33(3), 319–332.
- Sedlak, M. (2000). „You really do make an unrespectable foreigner policy“: Discourse on ethnic issues in the Austrian parliament. In R. Wodak & T. A. van Dijk (Hrsg.), *Racism at the top: Parliamentary discourses on ethnic issues in six European states* (S. 107–168). Klagenfurt: Drava.
- Stråth, B., & Wodak, R. (2009). Europe-discourse-politics-media-history: Constructing „crises“. In A. Triandafyllidou, R. Wodak, & M. Krzyżanowski (Hrsg.), *Europe in crisis: The „European public sphere“ and national media in the post-war period* (S. 15–33). Basingstoke: Palgrave.
- Strömbäck, J. (2008). Four phases of mediatization: An analysis of the mediatization of politics. *International Journal of Press/Politics*, 13(3), 228–246.
- Van Leeuwen, T., & Wodak, R. (1999). Legitimizing immigration control: A discourse-historical analysis. *Discourse Studies*, 1(1), 83–118.
- Vaughan-Williams, N. (2009). *Border politics: The limits of sovereign power*. Edinburgh: Edinburgh University Press.
- Vollmer, B. A. (2016a). A hermeneutical approach to European bordering. *Journal of Contemporary European Studies*, 25(1), 1–15.
- Vollmer, B. A. (2016b). New narratives from the EU external border – humane refolement? *Geopolitics*, 21(3), 717–741.
- Wagner, A., & Weisböck, M. (2015). Grenzen und Bewegungen. *asyl aktuell*, 2.

- Wodak, R. (2002a). Aspects of Critical Discourse Analysis. *Zeitschrift für Angewandte Linguistik*, 36, 5–31.
- Wodak, R. (2002b). Friend or foe. *Language & Communication*, 22(4), 495–517.
- Wodak, R. (2015a). *Politics of fear: What right-wing populist discourses mean*. London: Sage (deutsche Übersetzung 2016: Politik mit der Angst. Zur Wirkung rechts-populistischer Diskurse. Hamburg: Konturen).
- Wodak, R. (2015b). Normalisierung nach rechts. Politischer Diskurs im Spannungsfeld von Neoliberalismus, Populismus und kritischer Öffentlichkeit. *Linguistik Online*, 73(4), 27–44.
- Wodak, R. (2017). Discourses about nationalism. In J. Flowerdew & J. E. Richardson (Hrsg.), *The Routledge handbook of critical discourse studies* (S. 403–420). London: Routledge.